



Presseschau vom 15.07.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen [aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot](#) ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und [ukrainische Quellen in Blau](#) ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen [aus Sozialen Netzwerken](#) sind [violett](#) gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Ukraine: Oliver Stone-Film über Donbass wegen Drohungen gegen Journalisten abgesagt**

Der ukrainische Fernsehsender „112 Ukraine“ hat die Ausstrahlung des Films „Revealing Ukraine“ (dt. etwa „Ukraine aufgedeckt“) des US-amerikanischen Regisseurs Oliver Stone wegen Drohungen abgesagt. Dies geht aus einer auf der Webseite des TV-Senders am Sonntag veröffentlichten Mitteilung hervor.

Diese Entscheidung sei auf Empfehlung des Internationalen Redaktionsrates getroffen worden, nachdem am Samstag, dem 13. Juli, das Gebäude des TV-Senders mit einem Granatwerfer beschossen worden sei, heißt es in der Mitteilung. Nach diesem Vorfall sei ein Strafverfahren eingeleitet worden.

„Ich fordere den Präsidenten, den Innenminister, den Chef des Geheimdienstes SBU und alle Beteiligten auf, unser Recht auf Arbeit und die Sicherheit der Mitarbeiter der Holding zu gewährleisten“, sagte Jegor Benkendorf, der Generaldirektor des Fernsehsenders.

Ukrainische rechtsradikale Organisationen würden auf jede erdenkliche Weise versuchen, die Arbeit der Journalisten zu blockieren. Dabei würde der Film von Oliver Stone „keine Normen der ukrainischen Gesetzgebung verletzen“. Er werde in 70 Ländern der Welt ausgestrahlt, fügte der TV-Sender hinzu.

Der Film zeigt die Ereignisse in der Ukraine in den letzten Jahren, darunter den Donbass-Krieg, die Einmischung Kiews in die US-Wahlen und die Festnahme der ukrainischen Seeleute in der Straße von Kertsch, aus Sicht eines US-Amerikaners. Dafür hatte Oliver Stone auch den russischen Präsidenten Wladimir Putin interviewt.

armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 14.07.19**

Der Gegner unterlässt die Versuche bewaffneter Provokationen entlang der Kontaktlinie nicht und beschießt Ortschaften der Republik.

Heute um 19:10 Uhr haben die ukrainischen Straftruppen aus der 35. Brigade auf Befehl des Anführers Palas **Dokutschajewsk** mit Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse aus 120mm-Mörsern und sechs Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert sowie 40 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben. Infolge des Beschusses wurden fünf Häuser beschädigt: Zentralnaja-Straße 91, 93, Watutin-Straße 9, 11 und Swerdlow-Straße 20. Opfer konnten vermieden werden.

Durch den zielgerichteten Beschuss der Ortschaft unterstreichen die ukrainischen Terroristen ihre Straflosigkeit von Seiten des übergeordneten Kommandos.

Wir rufen die internationalen Organisationen auf, den Terror der ukrainischen Straftruppen zu stoppen und Druck auf das offizielle Kiew auszuüben, eine sorgfältige Untersuchung zum Geschehen durchzuführen und die Schuldigen hart zu bestrafen. Wir merken an, dass diese verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Seite den Erklärungen der Führung der Ukraine über die Unterstützung eines Kurses der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass widersprechen.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Britische und Italienische Militärs inspizieren russischen Luftraum**

Eine Mission Italiens und Großbritanniens wird zwischen 15. und 19. Juli im Rahmen des Vertrags über den Offenen Himmel einen gemeinsamen Beobachtungsflug über Russland und Weißrussland unternehmen. Dies teilte der Chef des Nationalen Zentrums für Verminderung der nuklearen Gefahr Sergej Ryschkow, gegenüber der Zeitung „Krasnaja Swjesda“ mit.

„Vom 15. bis zum 19. Juli wird die Mission Italiens und Großbritanniens einen gemeinsamen Beobachtungsflug mit dem rumänischen Beobachtungsflugzeug An-30, das vom Flugplatz Kubinka starten wird, über den Territorien der Teilnehmerländer – Russland und Weißrussland – unternehmen“, heißt es im Artikel.

Das Beobachtungsflugzeug An-30 gehöre zu einer Klasse von Maschinen, die nicht für den Einsatz von Waffen entwickelt worden sind. Das Flugzeug selbst und seine Überwachungstechnik haben eine internationale Zertifizierung durchlaufen.

Zugleich wird Russland einen Beobachtungsflug über Italien mit der Maschine vom Typ An-30B unternehmen. Das Flugzeug soll vom Flughafen Ciampino starten. Die maximale Flugreichweite beträgt Ryschkow zufolge 2015 Kilometer.

Der Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag oder „Open Skies“) war im Jahr 1992 in Helsinki von 27 Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterzeichnet worden. Ziel ist es, die gegenseitige Verständigung und das Vertrauen zu festigen. Russland ratifizierte das Abkommen am 26. Mai 2001.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32539/85/325398548.jpg>

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der Kiewer Truppen auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: Russischer Politiker zu Donbass-Krieg: Nur ein Telefonanruf nach Kiew würde genügen

Die EU ist aus der Sicht des Chefs vom Außenschuss des russischen Föderationsrates (Parlamentsoberhaus) Konstantin Kossatschjow im Stande, mit nur einem Telefonanruf nach Kiew den Krieg im Donbass zu beenden und die ukrainischen Machthaber zu einem Dialog anzuregen.

In einem am Sonntag veröffentlichten Facebook-Eintrag reagierte Kossatschjow auf die Erklärung der EU-Chefdiplomatin, Federica Mogherini. Sie rief Russland auf, den Vertrag zur Begrenzung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF) aufrechtzuerhalten und „unverzüglich“ Maßnahmen zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen zu treffen. Laut Kossatschjow weiß Brüssel, dass die USA zuerst ihren Rückzug vom INF-Vertrag ankündigten. Die EU richte sich aus Bequemlichkeit an Russland und nicht, weil Russland die Ursache des Problems sei.

„Dieselbe Taktik hat die EU in der Ukraine-Frage gewählt: Es ist bequemer, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, als mit einem Anruf nach Kiew den Krieg im Donbass zu beenden und die ukrainischen Machthaber zu einem Dialog mit der anderen Seite des Konflikts zu animieren“.

Russland sei einverstanden, einen neuen Vertrag zur Waffenkontrolle zu besprechen. Deshalb sollte die Europäische Union die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an dem Dialog überreden. „Dafür wird Brüssel aber auf die Vasallendiplomatie verzichten und versuchen müssen, die Stimme gegen seinen engsten Verbündeten zu erheben“.

Das sei zwar „unangenehm“, allerdings gebe es „keine anderen Varianten“. Die EU habe die Wahl zwischen der Gewährung des INF-Vertrags und der Fortsetzung „sinnloser Aufrufe an Russland“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32374/87/323748743.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. Juli 3:00 Uhr bis 15. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 16. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Werchnetorezkoje, Dolomitnoje, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum), Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Saitschenko.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge von Mörserbeschuss der BFU auf **Gorlowka** Schäden an Stromleitungen festgestellt, die zu 9 Transformatorunterstationen in Golmowskij führen. Ein Teil der Ortschaften Dolomitnoje und Golmowskij hat keinen Strom.

Außerdem wurden Schäden an folgenden Häusern in Dokutschajewsk festgestellt:

- Swerdlow-Straße 20 (ein Metallzaun ist beschädigt);
- Watutin-Straße 9, Wohnung 3 (Fensterverglasung beschädigt);
- Watutin-Straße 11, Wohnung 28 (Fensterverglasung der Loggia und Balkontür beschädigt);
- Zentralnaja-Straße 93, Wohnung 116 (Verglasung des Balkons und Möbel sind beschädigt);
- Zentralnaja-Straße 91, Wohnung 9 (Fensterverglasung und ein Kühlschrank sind beschädigt);
- Zentralnaja-Straße 89, Wohnung 53 (Fensterverglasung beschädigt).

Außerdem beschießen die BFU den zweiten Tag hintereinander das Territorium des Dokutschajewsker Erdölverarbeitenden Werks: beschädigt wurden eine Benzin-Diesel-Einrichtung, Wandverkleidungen, zwei Feuerwehreservoirs wurden von Splittern durchschlagen.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 294.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 159.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-Waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **„Welt“-Redakteur zur Vernunft gekommen? Prochorowka-Denkmal müsste nicht mehr „abgerissen“ werden**

Der leitende „Welt“-Redakteur für Geschichte Sven Felix Kellerhoff hat in seinem Artikel über die Schlacht bei Prochorowka die provokante Forderung nach einem Abriss des den gefallenen Rotarmisten gewidmeten Denkmals umformuliert. Der Beitrag hat vor allem in Russland kürzlich wegen der Forderung für viel Aufregung gesorgt.

„Eigentlich müsste dieses Denkmal sofort abgerissen werden“, hieß es in dem Artikel, in dem der Autor Sven Felix Kellerhoff aus seiner Sicht erklärte, warum die Rote Armee im Juli 1943 die Schlacht bei Prochorowka verloren haben soll. Nun heißt es bei ihm: „Für ein Siegesdenkmal gibt es jedoch keinerlei Anlass.“

Genau wegen dieser Forderung hatte der Text letztlich für viel Unruhe in Russland gesorgt. Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, nannte die Forderung „inakzeptabel und nicht nachvollziehbar“. Der bekannteste russische Historiker und Forscher der Schlacht, Waleri Samulin, kommentierte seinerseits: „Es ist falsch, wenn ein Ausländer oder gar ein Deutscher diktiert, welche Denkmäler wir aufstellen und welche wir abreißen sollen, besonders wenn er sich nicht mit der Problematik auskennt.“ Den deutschen Historiker Erich Später habe der Aufruf „sprachlos und wütend“ gemacht.

nachmittags:

dnr-online.ru: Vom 11. bis zum 15. Juli haben mehr als 300 Mitglieder der militärisch-patriotischen Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“ Truppenteile in Gorlowka, Sneshnoje, Amwrosiewka, Komsomolskoje, Donezk, Mospino und Nowoasowsk besucht.

Während der Exkursionen wurden den Jungarmisten elf Truppenteile gezeigt, wo ihnen ausführlich vom Alltag der Soldaten erzählt wurde, ihnen wurden Waffen und Kampftechnik sowie örtliche Museen des militärischen Ruhms gezeigt, es wurden Kurse zur militärmedizinischen Ausbildung durchgeführt. Außerdem hatten die jungen Leute die Möglichkeit, sich mit Soldaten zu unterhalten und ihnen alle sie interessierenden Fragen zu stellen.

Solche Veranstaltungen werden von den territorialen Stäben der Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“ regelmäßig durchgeführt, damit die jungen Leute sich mit dem Militärdienst bekanntmachen und nützliche Fertigkeiten erlangen können.

de.sputniknews.com: **Terror geplant: IS-Zelle in Südrussland eliminiert – FSB**

In der südrussischen Region Rostow ist die Tätigkeit einer Zelle der Terrororganisation IS („Islamischer Staat“; auch Daesh) unterbunden worden, wie am Montag der russische Inlandsgeheimdienst FSB bekanntgab.

„Der FSB hat auf dem Territorium der Region Rostow die Tätigkeit einer illegalen Zelle von Anhängern der Terrormiliz IS entdeckt und unterbunden“, heißt es in der offiziellen Mitteilung der Behörde. Ihr sollen drei Russen angehört haben, die laut Angaben einen Angriff auf Polizeimitarbeiter sowie Terroraktionen geplant hatten.

Die Beamten kamen im Laufe der Prüfung von Verbindungen einer im April 2018 eliminierten „Rostow“-Terrorzelle auf die Spur von Verdächtigen.

Als Beamte versuchten, einen Wagen, hinter dessen Steuer der Anführer der Gruppe saß, anzuhalten, eröffnete dieser das Feuer. Beim Gegenfeuer explodierte ein Sprengansatz im Pkw des Terroristen. Der Anführer starb.

Im Weiteren wurden in Rostow am Don zwei weitere Mitglieder der Terrorgruppe festgenommen. Bei ihnen wurden Munition, ein Sprengsatz und Detonatoren beschlagnahmt.

Dan-news.info: **„Heute fand in Sneshnoje eine Trauerkundgebung zum fünften Jahrestag**

des Luftschlags der ukrainischen Streitkräfte auf die Stadt statt, in deren Folge Infrastrukture Objekte und ein mehrstöckiges Haus zerstört wurden sowie 12 zivile Einwohner der Stadt starben“, teilte die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ mit. „Mehr als 3000 Einwohner der Stadt versammelten sich an dem Haus in der Leninstraße 14, um das Andenken der getöteten Einwohner von Sneschnoje zu ehren“. ...

Während der Kundgebung wurde an der Wand des wiederaufgebauten Hauses, das 2014 von den ukrainischen Truppen zerstört wurde, eine Gedenktafel eingeweiht.

Zum Abschluss der Trauerkundgebung zündeten die Teilnehmer Kerzen an und legten Blumen an der Gedenktafel mit den Namen der getöteten Einwohner nieder.

Am 15. Juli 2014 um 6:30 Uhr verübte ein Kampfflugzeug SU-25 der ukrainischen Streitkräfte einen Schlag auf das Zentrum von Sneschnoje und schoss mindestens sechs Raketen ab. Infolge des Luftangriffs wurde der Zugang zu dem Wohnhaus in der Leninstraße zerstört, die in der Nähe liegenden Gebäude wurden beschädigt. Zwölf zivile Einwohner starben, mindestens zehn Menschen, darunter ein Kind, wurden verletzt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/07/dan-news.info-2017-07-15_13-30-48_736297-----30-768x618.jpg

dnr-online.ru: „Gemäß den operativen Berichten der Stadt- und Bezirksverwaltungen verläuft die Wasserversorgung der Republik normal“, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew mit.

Er fügte hinzu, dass die kommunalen Unternehmen die Vorbereitung der Wasserversorgungssysteme auf die Winterzeit durchführen.

„Die Arbeiten laufen gemäß dem festgelegten Plan. Derzeit beträgt die Bereitschaft 47%“, fügte der stellvertretende Bauminister hinzu.

de.sputniknews.com: **„Aus berufsethischen Gründen“ – Journalist erklärt Austritt aus dem Deutschen Journalisten-Verband**

Ilona Pfeffer

Es brodelt hinter den Kulissen des Deutschen Journalisten-Verbandes. Nun wendet sich ein langjähriges Mitglied des DJV-Landesvorstands Baden-Württemberg mit einem

Austrittsgesuch an den Verband. Der Journalist Peter Welchering prangert unter anderem CDU-Nähe des Bundesvorstands an.

Für den Journalisten Peter Welchering, der unter anderem für Deutschlandradio, ZDF, verschiedene ARD-Sender und die FAZ berichtet, scheint das Fass endgültig übergelaufen zu sein: In einem Schreiben an den Deutschen Journalisten-Verband erklärt er unter dem Betreff „DJV-Austritt aus Protest“, warum für ihn nach langjähriger Mitgliedschaft im DJV und Mitgliedschaft im Landesvorstand im DJV Baden-Württemberg nun Schluss ist.

Die Gründe, weshalb Welchering einen Verbleib im DJV für unvereinbar mit seinen berufsethischen Werten hält, sind vielfältig. Schon längere Zeit seien einige Funktionäre des Bundesverbandes und er sich nicht mehr Grün gewesen, schreibt Welchering.

„Ich erinnere nur an die Auseinandersetzung mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wolfgang Grebenhof, der seiner Forderung nach Nutzung von Wahlcomputern in Deutschland mit dem denkwürdigen Argument Nachdruck verleihen wollte, dass die Saudis derartige Wahlcomputer doch auch nutzen. Meine Kritik an dieser Aussage hat ja zu heftigen Scharmützeln geführt.“

Ebenso habe er kritisiert, dass der DJV von Internet-Konzernen wie Facebook und Google Geldzahlungen annehme, Vertreter dieser Konzerne auf von ihnen gesponserten Veranstaltungen als Präsentatoren auftreten lasse und Kritik an diesen Zahlungen im Bundesgesamtvorstand vom Bundesvorstand und Hauptgeschäftsführer verhindert werde.

„Ich habe die Aussage des Bundesvorsitzenden Frank Überall, PR sei eine Spielart des Journalismus, kritisiert, ebenso seine CDU-Parteibuch-Camouflage in einem Tagesschau24-Interview, und wurde für diese beiden Kritiken mit übelsten Beschimpfungen belegt.“

Überall versuche gegenwärtig, den DJV-Bundesverband in eine Art Vorfeldorganisation der CDU umzugestalten.

„Davor habe ich in meinem offenen Brief vom 2. Juni 2019 an ihn gewarnt. Ich hatte ihm bereits zuvor deutlich davon abgeraten, einen ranghohen Mitarbeiter aus dem Konrad-Adenauer-Haus als Nachfolger des demnächst sich in den Vorruhestand verabschiedenden Hauptgeschäftsführers zu etablieren.“

Ebenso sei er mit seiner Ablehnung der alten Artikel 12 und 13 der europäischen Urheberrechtsreform beim Bundesvorsitzenden und Hauptgeschäftsführer des DJV angeeckt.

„Das gehört im DJV-Bund zu den unschönen Betriebsgeräuschen einer völlig verelendeten Debattenkultur“, so Welchering.

Er habe sich stets für eine demokratische Streitkultur beim DSV auf Bundesebene eingesetzt, sei damit aber gescheitert.

„Der berühmte Tropfen, der das Fass dann zum Überlaufen brachte und aktuell zu meinem Austritt führt, war der Umgang der Bundesebene mit der Zitatfälschung von Michael Busch. Ein obskurer Vorgang, eine kindische Rückrunderaktion von Michael Busch, der überhaupt kein Unrechtsbewusstsein nach begangener Zitatfälschung erkennen ließ.“

Es sei ein ungeheuerlicher Vorgang, dass die Zitatfälschung durch den DJV-Bundesvorstand gedeckt worden ist, damit habe er gegen eine wesentliche ethische Basis des Journalisten-Berufs verstoßen.

„Wer Zitatfälschung durchgehen lässt, sogar wie Grebenhof, indirekt verteidigt, verabschiedet sich von der grundlegenden Verpflichtung auf Wahrhaftigkeit. Das kann man tun. Aber dann betreibt man keinen Journalismus mehr, sondern Propaganda. Das ist übrigens noch einmal etwas anderes, als PR zu einer Spielart des Journalismus zu erklären.“

Er habe sich einem wertorientierten Journalismus verpflichtet, betreibe ihn seit 36 Jahren und könne aus diesem Grund nicht länger Mitglied eines Bundesverbandes sein, der sich von diesen Werten verabschiedet habe, schließt Peter Welchering sein Austrittsschreiben.

mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. Nach Informationen unserer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ **bereitet das Kommando der 25. Luftlandebrigade aktiv provokative Aktivitäten vor, um die zuvor eingenommen Positionen im Gebiet von Staniza Luganskaja wieder zu besetzen.**

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von Mannschaften von Antipanzerraketenkomplexen an der vordersten Linie im Verantwortungsbereich des 2. Bataillons der 25. Brigade entdeckt. Die Durchführung von Provokationen im Vorfeld des Minsker Treffens ist eine allgemeine Praxis in den ukrainischen Streitkräften.

Die praktischen Aktivitäten der ukrainischen Truppen zur Vernichtung von Infrastruktur und eigenen Bürgern ist eng mit Maßnahmen zur Realisierung von Korruptionsschemata verbunden, die mit dem Diebstahl und dem Verkauf von Waffen und Munition zusammenhängen.

Die schwierigste Situation im Bereich der Korruption ist in der 25. Luftlandebrigade zu bemerken.

Zum Zweck der Aufklärung der Umstände eines entdeckten Falls von Verkauf amerikanischer Nachtsichtgeräte AN/PVS-14 sowie von Fällen des Diebstahls von Waffen und Munition hat das Kommando des Stabs der OOS eine Kommission ernannt, die eine Kontrolle des Raketenartilleriewaffenmaterials der Brigade durchführt. Im Verlauf der Kontrolle wurde ein Fehlbestand von mehr als 150 Schusswaffen, Dutzenden von Granatwerfern sowie von 2000 Granaten und mehr als 50.000 Patronen des Kalibers 5,45 festgestellt.

Es ist bekannt, dass bezüglich des Fehlbestands an Waffen und Munition bereits zwei Strafverfahren gegen beteiligte Offiziere aufgenommen wurden, darunter der Kommandeur des 2. Bataillons der 25. Brigade Suschtschenko. Außerdem ist auch der Kommandeur der 25. Luftlandebrigade Sentschenko selbst betroffen. Nach Informationen unserer Quellen gingen Anteile vom Verkauf der Waffen in den Stab der Luftsturmtruppen der ukrainischen Streitkräfte.

Die Einhaltung des Regimes der Ruhe ist für die Volksmiliz nach wie vor eine sehr wichtige Aufgabe. Wir sind nach wie vor auf die Lösung des Konflikts am Verhandlungstisch ausgerichtet. Aber Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interessen des Schutzes unserer Bürger zu handeln.

Dnr-online.ru: Heute, am 15. Juli, fand unter Vorsitz des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin eine Arbeitssitzung statt, auf der **Fragen der Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie behandelt** wurden. Es berichteten Vertreter der Leitungen der militärischen Einrichtungen und der Bürgermeister.

„Die Lage an der Kontaktlinie gibt keine Grundlage anzunehmen, dass die Position der Ukraine sich in der Frage der Erreichung von Frieden wesentlich verändert hat. Die Beschießungen haben systematischen Charakter angenommen, die Aktivität ukrainischer Spezialdienste hat sich erheblich verstärkt. Die letzteren Umstände rufen bei mir besondere Besorgnis hervor. Ziel der heutigen Sitzung ist die gemeinsame Erarbeitung von Entscheidungen im Bereich der Gewährleistung der Sicherheit der Bürger und der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und des Schutzes der Bevölkerung der Republik vor Anschlägen von Seiten ukrainischer Diversions- und Erkundungsgruppen“, sagte das Staatsoberhaupt zu den Anwesenden.

Nach den Worten des Leiters der Koordination der Volksmiliz der DVR Generalmajor Denis Sinenkow bleibt die Situation angespannt und hat eine Tendenz zur Verschärfung.

„Die Führung der Ukraine führt weiter eine aktive Politik durch, die auf den Erhalt militärtechnischer Hilfe von den USA und aus NATO-Ländern gerichtet ist. Im Zusammenhang mit der geringen Personalausstattung wird von der Führung der Ukraine ein Maßnahmenkomplex zur Erhöhung des Prestiges des Dienstes in der Armee durchgeführt.“

Ausgehend vom oben Gesagten ist eine Stabilisierung der Lage in der nächsten Zeit wenig wahrscheinlich“, erläuterte er.

Er fügte auch hinzu, dass sich nicht nur Positionen der Volksmiliz unter dem Feuer des Gegners unter Einsatz von Waffen eines Kalibers von mehr als 120mm befinden, sondern auch alle Ortschaften an der Kontaktlinie und weit im Hinterland. Es ist eine **Zunahme der Zahl der Beschießungen** im Vorfeld der zweiseitigen Verhandlungen in Minsk sowie der Wahlen zur Obersten Rada der Ukraine zu erwarten. Außerdem sind **Angriffe einer großen Zahl von Diversions- und Erkundungsgruppen zu erwarten**.

Der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodkoj unterstrich die Zunahme der Zahl von Beschießungen mit Schusswaffen auf einige Bezirke der Stadt. Er unterstrich auch, dass ständige Arbeit mit der Bevölkerung stattfindet, insbesondere werden Treffen der Bürger mit Vertretern der Staatsorgane und persönlich mit dem Bürgermeister organisiert, die Einwohner werden mit Lebensmittelpaketen und anderer Hilfe versorgt. „Täglich fahren wir alle Ortschaften ab, unabhängig davon, ob Beschuss stattfand oder nicht“, kommentierte der Bürgermeister von Gorlowka.

Der stellvertretende Bürgermeister von Dokutschajewsk Ruslan Dolbatschew unterstrich, dass die Führung und Vertreter der Verwaltung Treffen mit Bürgern sowie Informationsarbeit bezüglich Verhaltensregeln bei Beschuss durchführen. Die kommunalen Dienste der Stadt arbeiten verstärkt, sie nehmen die Versorgung mit Wasser, Gas und Strom nach Beschießungen von Seiten der BFU wieder in Betrieb. Außerdem wurden die Schutzeinrichtungen der Zivilverteidigung in Bereitschaft gebracht.

„Unter Berücksichtigung des Gesagten ist es notwendig, die Arbeit der Rechtsschutzorgane im Bereich der Bekämpfung von Versuchen ukrainischer Spezialdienste, die Situation im Inneren der Republik zu destabilisieren, zu verstärken. Im Zusammenhang damit ist es wichtig, einen hohen Grad an Koordination und Zusammenarbeit zwischen der Volksmiliz, dem MfS, dem Innenministerium und der Generalstaatsanwaltschaft zu gewährleisten. Die Spezifik der derzeitigen Situation erfordert eine Konzentration der Anstrengungen auf Maßnahmen der Gegenaufklärung.

Ich halte es für notwendig, das Innenministerium, das MfS und die Volksmiliz zu beauftragen, die Durchführung eines Komplexes zusätzlicher operativ-prophylaktischer Maßnahmen zu gewährleisten, die auf die Aufdeckung von Fällen von Erkundungs- und Diversionsaktivitäten von Seiten der Ukraine, auf die Feststellung von Personen, die an Verbrechen gegen die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung, auf die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung und Sicherheit gerichtet sind“, fasste das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin zusammen.

de.sputniknews.com: **Dutzende Tote nach Luftschlägen in Afghanistan**

Mehr als 35 Zivilisten sind in der Nacht auf Montag infolge von Luftangriffen ausländischer Truppen in der afghanischen Zentralprovinz Urozgan getötet worden, wie der Abgeordnete des örtlichen Parlaments Kudratullah Rahimi mitteilte.

„Mehr als 35 Zivilisten sind bei Luftangriffen im Dorf Halj im Distrikt Gizab ums Leben gekommen“, erläuterte er auf Journalistenanfrage.

Zu den Luftschlägen kam es nach Zeugen-Angaben, nachdem US-Soldaten im Gebiet um eine Taliban-Hochburg patrouilliert hatten und selbst angegriffen worden waren.

Unter den Toten soll Mulla Nasrullah sein, einer der führenden Taliban-Kommandeure.

Die Regierung in dem mehrheitlich von den Taliban kontrollierten Gizab hat bisher keine Stellungnahme abgegeben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32446/57/324465792.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.07.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer die Gebiete von sieben Ortschaften der Republik beschossen, auf die 128 Mörsergeschosse, davon 96 des Kalibers 120mm, abgefeuert wurden.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer Garas‘ aus der 30. Brigade **Dolomitnoje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 93., 56., 24. und 35. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Iwanow, Guds und Palas **Spartak, Dokutschajewsk, Werchnetorezkoje nishneje, Staromichajlowka** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit 120- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gnatow **Sajzewo** mit Mörsern beschossen.

Durch Mörserbeschuss von den Positionen der 35. Brigade aus auf Dokutschajewsk wurden fünf Wohnhäuser beschädigt: Zentralnaja-Straße 91, 93, Watutin-Straße 9, 11 und Swerdlow-Straße 20. Opfer unter der Zivilbevölkerung konnten vermieden werden.

Aber es gelang nicht, Opfer unter den Soldaten der Volksmiliz der DVR zu vermeiden, **durch Beschuss von Seiten der BFU starb einer unserer Verteidiger**. Wir bringen seiner Familie gegenüber unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU betrug 16.

In der letzten Woche hat der Präsident der Ukraine den Truppen in der OOS-Zone offiziell vor Massenmedien erlaubt, Ortschaften der Republik zu beschießen. Aber tatsächlich hat der Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte den Befehl zur Verstärkung des Beschusses der Zivilbevölkerung vor zwei Wochen erhalten. Nachdem sie die Erlaubnis zum Feuer erhalten hatten, haben die Kommandeure der Banden in der OOS-Zone begonnen, immer raffiniertere Methoden zu nutzen, um der zivilen Infrastruktur Schaden zuzufügen.

So haben die ukrainischen Banditen aus der 35. Brigade zweimal in der letzten Woche Minenräumanlagen des Typs „UR-77“ gegen Wohngebiete von Dokutschajewsk eingesetzt. Opfer unter der Zivilbevölkerung konnten nur deshalb vermieden werden, weil die ukrainischen Spezialisten, die versuchten Minenräumanlagen gegen Objekte der zivilen Infrastruktur einzusetzen, nicht mit diesen umgehen können. Der erste Versuch des Einsatzes einer Minenräumeinrichtung im Gebiet von Dokutschajewsk erfolgte am 9. Juli. Die Verbrecher starteten eine Minenräumladung ohne Bremsschnur im Inneren der Ortschaft. Ich

merke an, dass die Kapazität einer solchen Ladung etwa 420kg TNT-Äquivalent entspricht. Ein Triebwerk von einer Anlage wurde von unseren Soldaten gefunden und wir Ihnen hier vorgestellt.

Die ukrainischen Strafruppen haben mit dem Erreichten nicht aufgehört, sondern einen zweiten Versuch eines nicht standardgemäßen Einsatzes technischer Ladungen gegen zivile Infrastruktur unternommen.

Am 11. Juli haben die Banditen eine zweite Minenräumladung in Richtung von Wohngebieten von Dokutschajewsk gestartet, auch ohne Bremsschnur. Während des Flugs versagte das Triebwerk und die Minenräumladung mit einer Kapazität von einer halben Tonne traf auf Positionen ukrainischer Soldaten. In der Folge des Geschehens wurde die Stellung der ukrainischen Strafruppen vollständig vernichtet, drei Kämpfer starben und elf erlitten Verletzungen und Verbrennungen unterschiedlichen Schweregrads. So demonstrieren diese zwei Fälle nicht standardgemäßen Einsatzes von Minenräumladungen von Einrichtungen des Type „UR-77“ klar die Aktivierung der BFU bei der Erarbeitung neuer Mittel und Methoden der Vernichtung der Infrastruktur und der Bevölkerung des Donbass. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft und der Vertreter der dreiseitigen Kontaktgruppe auf den Fall von Verletzung der Normen des humanitären Rechts und die Begehung eines weiteren Verbrechens durch die ukrainische Seite.

Das Kommando der Zone der Strafoperation setzt die Politik des Terrors in Bezug auf friedliche Einwohner der Republik fort. Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat die Arbeit zur **Anwerbung von Bürgern der DVR, die die Kontaktlinie überschreiten**, verstärkt. Besonderen Eifer zeigen dabei Mitarbeiter des SBU am KPP „Marjinka“. In der letzten Woche wurden drei Bürger der Republik durch Einsatz psychologischen Drucks und Erpressung mit Vergeltung an Verwandten gezwungen, eine so genannte „freiwillige“ Zustimmung zur Zusammenarbeit zu unterschreiben. Wir rufen die Bürger der Republik auf, beim Passieren der KPP besondere Wachsamkeit und Vorsicht zu zeigen.

de.sputniknews.com: **INF-Vertrag: Nato-Chef Stoltenberg gibt Russland „letzte Chance“**
Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am Montag Russland erneut eindringlich aufgefordert, den atomaren Abrüstungsvertrag INF „am Leben zu halten“.

„Andernfalls trägt es die alleinige Verantwortung für das Ende des Vertrages mit der Folge, dass die Welt für uns alle weniger stabil wird“, schrieb Stoltenberg.

Er appellierte an Russland, „die letzte Chance zu nutzen“. Das Land habe eine neue nukleare Mittelstreckenrakete entwickelt und bereits stationiert. „Dieses Raketensystem ist beweglich und einfach zu verstecken. Deutsche Städte wie Berlin, Frankfurt und München liegen in seiner Reichweite“, warnte Stoltenberg.

Am Sonntag hatte auch die Europäische Union dringend an Russland appelliert, das Ende des Abrüstungsvertrages doch noch abzuwenden. Die Außenbeauftragte Federica Mogherini äußerte sich im Namen der EU tief besorgt und warnte vor einem neuen Wettrüsten.

Stattdessen sollten Russland und die USA, die Staaten mit den größten Atomarsenalen, weiter abrüsten.

Zuvor hatte Stoltenberg bereits der Russischen Föderation vorgeschlagen, zur „Rettung“ des INF-Vertrags wie im Jahr 1987 Raketen innerhalb von wenigen Wochen zu vernichten. Die USA und die Nato fordern von Russland die Zerstörung des neuen russischen Marschflugkörpers 9M729 (Nato-Klassifizierung: SSC-8), der ihrer Meinung nach einen Verstoß gegen den INF-Vertrag darstelle. Russland bestreitet diese Behauptung.

Anfang 2019 hatten die Vereinigten Staaten ihren Rückzug vom INF-Vertrag angekündigt und Russland der dauernden Verletzung des Vertrages beschuldigt. Moskau wies diese Vorwürfe zurück.

Wie der russische Präsident, Wladimir Putin, am 2. Februar erklärte, wird Russland die

Entscheidung der USA über den Ausstieg aus dem INF-Vertrag spiegelbildlich beantworten und seine Teilnahme an dem Vertrag ebenfalls einstellen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32544/17/325441778.jpg>

Dnr-online.ru: Heute wurde im frontnahen Debalzewo die erste Apotheke der sozialen Kette „Narodnaja“ eröffnet. Hier können Einwohner und Gäste der Stadt Medikamente und medizinische Waren zu ermäßigten Preisen kaufen.

„Dieses Ereignis ist wichtig für die Stadt. Das Staatsoberhaupt hat die Aufgabe gestellt, die Ökonomie zu entwickeln, und jeder neue Arbeitsplatz ist ein Plus für den Haushalt der Stadt, ist ein Beitrag zu Entwicklung. Dies ist erst die erste Apotheke, in der nächsten Zeit wird eine solche Apotheke im Krankenhaus eröffnet. Das ist sehr bequem. Außerdem sind die Preise niedriger als bei den Konkurrenten“, kommentierte der Bürgermeister von Debalzewo Igor Sacharewitsch.

„Dies ist bereits die 47. Apotheke der sozialen Kette ‚Narodnaja‘ und die erste in Debalzewo. Sie wurde mit Unterstützung der gesellschaftlichen Kammer und der Stadtverwaltung eröffnet. Es wurde bereits eine Vereinbarung über die Eröffnung eines Apothekenpunktes im Eisenbahnerkrankenhaus erreicht. Dort gibt es die erschwinglichsten, niedrigsten Preise“, berichtete der Direktor der „Medikodon Plus“ GmbH, das Mitglied der gesellschaftlichen Kammer der DVR Alexej Denisenko.

abends:

de.sputniknews.com: **EU beschließt wegen Erdgasbohrungen Strafmaßnahmen gegen Türkei**

In Reaktion auf die umstrittenen türkischen Erdgas-Erkundungen vor Zypern haben die Außenminister der EU-Staaten Strafmaßnahmen gegen die Türkei beschlossen. Konkret sollen unter anderem EU-Gelder für Ankara gekürzt und die Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen eingestellt werden. Dies geht aus einem in Brüssel verabschiedeten Text hervor.

„Die Provokationen der Türkei sind für uns alle inakzeptabel und wir stehen hier auf der Seite Zyperns“, kommentierte der deutsche Europastaatsminister Michael Roth bei dem EU-Treffen in Brüssel. Sollte die Türkei nicht einlenken, seien auch andere Arten von Sanktionen denkbar. Sie könnten nach dem Ministerbeschluss gezielt an den Bohrungen beteiligte Unternehmen oder Einzelpersonen treffen.

Strafmaßnahmen gegen Ankara

Die EU will die Türkei mit den Strafmaßnahmen dazu bewegen, die Erdgassuche vor dem Mitgliedstaat Zypern einzustellen. Sie sehen auch vor, bis auf Weiteres keine Spitzengespräche mehr zu Themen wie Wirtschaft und Handel zu führen. Die Europäische Investitionsbank wird zudem aufgerufen, eine Einschränkung der Kreditvergabe zu prüfen. Die Türkei weist die Vorwürfe illegaler Bohrungen zurück. Sie vertritt den Standpunkt, dass die Gewässer, in denen sie aktiv ist, zu ihrem sogenannten Festlandsockel gehören. Die Türkei hält den Norden Zyprens seit 1974 besetzt und will mit den Bohrungen auch die Anteile der türkischen Zyprer am Erdgasgeschäft sichern. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten hatten die Strafmaßnahmen bereits im Juni angedroht.

„Der Europäische Rat bekundet seine große Besorgnis über die unrechtmäßigen Bohrungen, die die Türkei derzeit im östlichen Mittelmeer durchführt, und bedauert, dass die Türkei noch nicht auf die wiederholten Aufforderungen der Europäischen Union zur Einstellung dieser Tätigkeiten reagiert hat“, hieß es damals in der Abschlusserklärung.

In dem am Montag beschlossenen Text wird diese Position noch einmal untermauert. Für die Wirtschaft und Verbraucher sind die beschlossenen Strafmaßnahmen schlechte Neuigkeiten. Das mit der Türkei geplante Luftverkehrsabkommen soll zum Beispiel eigentlich neue Flugverbindungen ermöglichen und für günstigere Tickets sorgen. Die EU-Kommission ging zuletzt davon aus, dass die Flugscheinpreise nach einer Marktöffnung um bis zu 50 Prozent sinken und bis zu 48.000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten.

Kompromiss noch möglich?

Im Streit zwischen der EU und der Türkei über Ölbohrungen vor der Küste Zyprens bemüht sich die Regierung in Ankara um einen Kompromiss. Der Anführer der türkischen Zyprer, Mustafa Akinci, hat der Regierung der griechischen Zyprer auf der zweigeteilten Insel eine Zusammenarbeit vorgeschlagen, teilte das türkische Außenministerium am 13. Juli mit. Der Vorschlag ist demnach den Vereinten Nationen präsentiert worden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32544/33/325443313.jpg>

dnr-online.ru: Erklärung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa zum Einsatz verbotener Methoden und Mittel der Kriegführung durch die BFU

In Verletzung von Artikel 13 des Zusatzprotokolls II zu den Genfer Konventionen, dass den Schutz von Opfern nicht internationaler militärischer Konflikte betrifft, werden die Zivilbevölkerung, Objekte des Wohnraums und der zivilen Infrastruktur, die sich auf dem Territorium der DVR befinden, täglich angegriffen.

Zu den aufsehenerregendsten Vorfällen gehört der Beschuss des Großraums Gorlowka am 11. Juli, wo in der Folge einer tödlichen Splitterverletzung am Herzen eine Einwohnerin von

Golmowskij, geb. 1949, starb. Am 13. Juli erlitt ein Einwohner von Dokutschajewsk, geb. 1937, eine schwere Verletzung. Am selben Tag erlitt eine Einwohnerin von Sachanka im Nowoasowskij-Bezirk eine Splitterverletzung.

Am 11. Juli und zuvor am 9. Juli wurden Versuche unternommen, großflächig wirkende Waffen zu verwenden, was das Leben und die Gesundheit von Einwohnern von Dokutschajewsk gefährdete. Zum Glück konnten Opfer unter der Zivilbevölkerung vermieden werden. Diese Handlungen der ukrainischen Seite sind eine Verletzung der Konvention über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes konkreter Arten konventioneller Waffen, die außerordentliche Schäden erzeugen oder großflächige Auswirkungen haben.

Außerdem wurden Objekte der zivilen Infrastruktur von Seiten der BFU beschossen. Am 11. Juli wurden in Lukowo im Telmanowo-Bezirk eine in Betrieb befindliche Schule und das Gebäude des Dorfrats, in dem humanitäre Hilfe an die Bürger ausgegeben wird, beschädigt. Dort wurde während der Löschung des Brandes eine Feuerwehrmannschaft des Zivilschutzministeriums der DVR zielgerichtet beschossen. Infolge von Beschuss wurde am 12. Juli das Gebäude der Jasinowatajer Bezirksverwaltung beschädigt.

In Verletzung von Artikel 14 des Zusatzprotokolls II haben die BFU in dem genannten Zeitraum eine Reihe von Angriffen auf Objekte, die für das Überleben der Zivilbevölkerung notwendig sind, verübt. Dazu gehören die Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke (12. Juli), die Donezker Filterstation (13. Juli), Stromleitungen, die zu neun Transformatorunterstationen in Golmowskij führen, weswegen die Einwohner umliegender Ortschaften keinen Strom hatten (14. Juli).

Außerdem wurde am 13. und 14. Juli das Dokutschajewsker Erdölverarbeitende Werk mit Artillerie beschossen, was gefährliche Folgen für die Umwelt, das Leben und die Gesundheit der Menschen hätte haben können (Artikel 15 des Zusatzprotokolls II).

Ich rufe die Weltgemeinschaft auf, die Aufmerksamkeit auf die systematischen Verletzungen der Normen und Anforderungen des internationalen humanitären Rechts zu richten und alle vorhandenen Mittel des Einfluss auf die ukrainische Regierung zu nutzen, um eine weitere Verschlechterung der sozial-humanitären Situation in der Region nicht zuzulassen sowie Verletzungen der Rechte und Freiheiten der Einwohner des Donbass zu verhindern.

de.sputniknews.com: **Mit Russland bei Luftabwehrsystemen kooperieren – Erdogan nennt Ziel der Türkei**

Ankara hat sich laut dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan eine Kooperation mit Russland bei der Herstellung von Luftabwehrsystemen zum Ziel gesetzt.

Das türkische Verteidigungsministerium gab am vergangenen Freitag den Beginn der Lieferungen von S-400-Systemen an das Land bekannt. Die für die militärtechnische Zusammenarbeit zuständige russische Behörde FSWTS bestätigte diese Informationen.

„Sie sagten, die Türkei würde die S-400 nicht kaufen! Aber bereits das achte Flugzeug (mit Bauelementen von S-400 – Anm. d. Red.) ist gelandet. Es wird entladen. Ich hoffe, dass wir diesen Prozess im April 2020 abschließen werden. Wir werden zu einem der wenigen Länder mit den modernsten Luftabwehrsystemen. Das Ziel ist ihre gemeinsame Herstellung mit Russland, und wir werden es tun“, sagte Erdogan anlässlich des dritten Jahrestages des Putschversuchs gegen seine Regierung.

Der im Jahr 2017 abgeschlossene Vertrag über die Lieferung der russischen S-400-Komplexe an die Türkei hatte zu diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Ankara und Washington geführt. Das hatte wiederum zur Folge, dass die USA von ihren türkischen Verbündeten fordern, auf die russischen Komplexe zugunsten der amerikanischen Flugabwehrraketensysteme Patriot zu verzichten.

Zudem hatte das Pentagon der Türkei klar gemacht, dass der Erwerb der russischen S-400-Raketenabwehrsysteme ihre Teilnahme am Programm zur Entwicklung des neuesten US-

amerikanischen F-35-Jagdbombers völlig ausschließen werde.

Die an Ankara zu liefernden Fla-Raketenkomplexe S-400 werden laut dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu nicht ins Nato-Raketenabwehrsystem integriert und stellen auch keine Bedrohung für US-amerikanische F-35 Jagdflugzeuge dar.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32527/33/325273325.jpg>

de.sputniknews.com: **OSZE-Appell an Ukraine: Journalist Wyschinski noch in dieser Woche freilassen**

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Harlem Desir, hat die ukrainischen Behörden dazu aufgerufen, den festgenommenen russischen Journalisten Kirill Wyschinski nach der Gerichtsverhandlung am Freitag aus dem Gefängnis zu entlassen.

„Ich hoffe, dass die anstehende Gerichtsverhandlung in Kiew am 19. Juli zur Freilassung des Journalisten Kirill Wyschinski in der Ukraine führen wird. Seine lang andauernde Untersuchungshaft weckt ernste Besorgnis. In diesem entscheidenden Moment fordere ich erneut seine Freilassung“, schrieb Desir am Montag in einem Twitter-Beitrag.

Die Verhandlung wurde ursprünglich für Montag angesetzt, soll aber nun erst am 19. Juli stattfinden, weil die Richter am geplanten Tag mit weiteren Verfahren beschäftigt waren. Der russische Präsident Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Wladimir Selenski haben in ihrem ersten Telefonat in der vergangenen Woche unter anderem den Fall Wyschinski besprochen und weitere Bemühungen um die Lösung der Situation auf Expertenebene angedeutet.

Der russische Journalist Kirill Wyschinski sitzt derzeit in einem Gefängnis in der Ukraine. Der dortige Geheimdienst SBU hatte ihn am 15. Mai 2018 in Kiew festgenommen. Dem Mann werden Landesverrat sowie Unterstützung der selbsterklärten Republiken der Donbass-Region vorgeworfen. Bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu 15 Jahre Haft. Der Kreml hat das Vorgehen der ukrainischen Behörden scharf verurteilt und Gegenmaßnahmen versprochen. Moskau richtete eine Protestnote mit der Forderung an Kiew, die Gewalt gegen Medienvertreter einzustellen.

Während einer Gerichtsverhandlung hatte der Chef von RIA Novosti Ukraine den russischen Präsidenten, Wladimir Putin, um Hilfe ersucht und erklärt, dass er sich von der ukrainischen Staatsbürgerschaft lossagen werde.

Putin nannte die gesamte Situation beispiellos und betonte, dass der Journalist explizit wegen seiner beruflichen Tätigkeit verhaftet worden sei.

Auch der Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Thomas Greminger, äußerte sich kritisch zur Inhaftierung Wyschinskis. Greminger verwies darauf, dass alle Mitgliedsländer der OSZE die internationalen Standards der Meinungsfreiheit einhalten und sich nicht in die Arbeit der Medien einmischen sollten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32207/24/322072472.jpg>